

INHALT

1. Koalitionsausschuss
2. Schleswig-Holstein ist auf dem Weg an die Spitze
3. Mehr Freiheit für die Kommunen
4. Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume

17.02.2012

Koalitionsausschuss

Haushaltssanierung bleibt oberstes Gebot



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

Die CDU-geführte Landesregierung setzt ihren konsequenten Haushaltssanierungskurs fort. Nachdem zuletzt auch der Koalitionspartner FDP zusätzliche Lehrerstellen gefordert hatte, einigte sich der Koalitionsausschuss am Dienstag zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls auf das CDU-Prinzip „Geld statt Stellen“. So soll der Vertretungsfonds des Bildungsministeriums von 12 auf 24 Millionen im Jahr verdoppelt werden.

Bereits in den nächsten Tagen sollen die Schulen bessere Möglichkeiten erhalten, Ersatzlehrer anzufordern. Im Krankheitsfall werden sie sofort Ersatz anfordern dürfen, statt wie bisher erst nach drei Wochen. Die dafür benötigten Mittel werden zudem komplett und nicht mehr wie bisher zur Hälfte erstattet. Weitere Mittel soll es auch für die Schulsozialarbeit geben.

Wichtig für die Haushaltssanierung: Neue Stellen wird es nicht geben. „Der Spielraum, den wir uns in den letzten beiden Jahren erarbeitet haben, reicht nicht dafür aus, langfristige Verpflichtungen einzugehen. Das wäre nicht zu verantworten“, erläuterte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Die Entscheidung über den notwendigen Bau einer landeseigenen Unterkunft für Sicherungsverwahrte soll vor der Landtagswahl am 6. Mai fallen. Die FDP hatte zunächst auf einen Beschluss bereits am Dienstag gedrängt. Die CDU setzte durch, dass zunächst noch einmal der Versuch unternommen wird, zu einer gemeinsamen Lösung mit einem weiteren norddeutschen Bundesland zu gelangen. Zudem soll der Justizminister eine entscheidungsreife Vorlage erarbeiten.

Auch im Hinblick auf die Energiewende wurden weitere Beschlüsse gefasst. So soll unter anderem ein „Monitoring“ eingeführt werden, mit dem die Fortschritte und eventuell erkannter Handlungsbedarf bei der Energiewende konstant beobachtet werden.

Schleswig-Holstein ist auf dem Weg an die Spitze Ausbau der Windenergie geht gut voran



Jens-Christian Magnussen, MdL

Anlässlich der Jahresbilanz des Bundesverbandes Windenergie hat sich der CDU-Energieexperte Jens-Christian Magnussen zu der herausragender Bedeutung der Nutzung der Windenergie – onshore und offshore – für Schleswig-Holstein von bei der Umsetzung der Energiewende bekannt. Schon heute werden fast 50 Prozent des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein durch erneuerbare Energien gedeckt.

Ziel der CDU-Fraktion sei es, die installierte Leistung von Windenergieanlagen von heute 3200 Megawatt in den kommenden sechs Jahren auf 9000 Megawatt zu steigern. Damit könne Schleswig-Holstein schon vor 2020 etwa fünf Millionen Menschen mit Windstrom versorgen. Von der Wertschöpfung könne unser Land massiv profitieren. Auch würden Arbeitsplätze in einer innovativen Branche in Schleswig-Holstein geschaffen.

Der Bundesverband Windenergie gab in dieser Woche bekannt, dass allein 2011 in Schleswig-Holstein 131 neue Windenergieanlagen mit 309 Megawatt (MW) installiert wurden. Das ist ein Investitionsvolumen von 400 Millionen Euro.

Dazu ist Dithmarschen Spitzenreiter beim Repowering – also der Ertüchtigung von Windenergieanlagen. Damit gehört Schleswig-Holstein in Deutschland zur Spitzengruppe.

Im Repowering und dem gezielten Ausweisen von Windeignungsflächen durch das Land sehe die CDU-Fraktion geeignete Mittel, um der „Verspargelung“ der Landschaft entgegenzuwirken. „Die Jahresbilanz der Windenergie zeigt, dass wir in Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg sind,“ erklärte CDU-Energieexperte zur Jahresbilanz des Windenergieverbandes.

Die CDU-Fraktion strebe eine Minimierung der Konkurrenz von Ausgleichs- und landwirtschaftlich genutzten Flächen an. Ziel sei die häufigere Nutzung der Möglichkeiten finanzieller Ausgleichszahlungen durch die Investoren.

Mehr Freiheit für die Kommunen **Gesetzentwurf zu Straßenausbaubeiträgen** **steht zur Verabschiedung an**



Werner Kalinka, MdL

Nach achtmonatiger Arbeit am Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes (Drucksache 17/1600) hat in dieser Woche der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Finanzausschuss zudem auch mit Stimme des SSW die Annahme des Gesetzentwurfes der Koalitionsfraktionen empfohlen. Das Gesetz wird damit nach aller Voraussicht in der kommenden Woche verabschiedet.

"Die Koalition ist mit der Grundüberzeugung angetreten: "Mehr Freiheit vor Ort." Im Straßenausbaubeitragsrecht setzen wir dies nun weiter um. Die Entscheidung und Verantwortlichkeit für passgenaue und gerechte Lösungen liegt jetzt in den Händen der Kommunen. Dort gehört sie hin. Man muss den Menschen die Verantwortung, die sie in ihrer Gemeindevertretung übernehmen, auch zutrauen", erklärte dazu der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka.

Der Gesetzentwurf sieht eine deutliche Stärkung der Wahlmöglichkeiten der Kommunen aus. Diese werden künftig selbst entscheiden können, ob sie überhaupt Straßenausbaubeiträge erheben wollen oder nicht. Darüber hinaus sind sie in der Entscheidung frei, ob diese einmalig oder wiederkehrend erhoben werden.

Den Gesetzentwurf finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1600.pdf>

Die Empfehlung der Ausschüsse finden Sie unter:

www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2200/drucksache-17-2266.pdf

Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume Erfolgsgeschichte auf ganzer Linie

Anfang des Monats besuchten die Mitglieder der Fraktionsarbeitskreise „Agrar“ und „Umwelt“ der CDU-Landtagsfraktion unter Leitung der Vorsitzenden Heiner Rickers und Dr. Michael von Abercron das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Flintbek.

Von der Leiterin, Frau Benett-Sturies, ließen sie sich die Abgeordneten über den schwierigen Prozess der Entstehung der Bildungseinrichtung unterrichten. Sie entstand aus der Zusammenlegung der Akademie für Natur und Umwelt sowie der Bildungsarbeit der Akademie für ländliche Räume.

Die Mitglieder der Arbeitskreise zeigten sich erfreut, dass die aus der räumlichen Zusammenlegung mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) prognostizierten Synergieeffekte tatsächlich eingetreten seien. „Hier wird im Themendreiklang von Natur, Umwelt und ländlichen Räumen an der Schnittstelle von Wissen und Handeln enormes geleistet“, erklärten Dr. Michael von Abercron und Heiner Rickers anschließend.

Beeindruckend sei die Erfolgsbilanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf ihren ca. 100 Veranstaltungen im letzten Jahr über 5000 Menschen erreichen konnten.

„Angesichts der Tatsache, dass etwa zwei Drittel vom Etat des Bildungszentrums in Höhe von ungefähr 350.000 Euro inzwischen selbst erwirtschaftet werden können, kann die Zusammenlegung auch aus finanzieller Sicht als Erfolgsgeschichte gewertet werden,“ so von Abercron und Rickers.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de